Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 107 (1974)
Heft: 25

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 25

Organ des Bernischen Lehrervereins
107. Jahrgang. Bern, 21. Juni 1974

Organe de la Société des enseignants bernois
107e année. Berne, 21 juin 1974

† Paul F. Moser

1916–1974, Hausvater, Brünnen/Dentenberg

Acht Tage nach Ostern war die Kirche zu Vechigen zu klein, um die Trauergemeinde um den verstorbenen Hausvater des Knabenerziehungsheimes «Brünnen» auf dem Dentenberg zu fassen.

Er ist der zweite unserer 74. Promotion des Seminars Muristalden, der plötzlich aus der vollen Arbeit abberufen wurde, und die herbeigeeilten Promotionskameraden durften erleben, wie nach der Überzeugung des Verstorbenen die Trauergemeinde zu einer lobsingenden Schar wurde:

Christ ist erstanden von der Marter alle,
Des solln wir alle froh sein,
Christ will unser Trost sein.
Herr, erbarme dich!

1932 war Paul als der kleinste der Klasse mit uns ins Seminar eingetreten. Er war der einzige Stadtberner; aber wir merkten bald, welche Liebe zur Natur und zur Musik er besass, und wie ihm auch die Arbeiten auf dem Lande bekannt waren.

Da er nur zwei pflegebedürftige Geschwister besass, war er gewohnt, Rücksicht zu nehmen, und die Liebe zu den Behinderten führte ihn später als Lehrer an die Heimschule «Brünnen», wo ihm bald die Leitung des ganzen Heimbetriebes anvertraut wurde: Hausvater, Lehrer, Landwirt und Verwalter eines rund 100 Jucharten grossen Betriebes, das forderte ihn ganz und verzehrte vorzeitig seine Kräfte. Den anvertrauten Buben war er ein strenger aber väterlicher Erzieher, in der Arbeit immer voran, das lebendige Beispiel der Pflichterfüllung. Darin unterstützten ihn auch seine liebe Frau, den Buben eine vorbildliche Mutter, sowie später seine vier Söhne, die schon früh lernen mussten, die Eltern mit 30 andern Buben zu teilen.

Wie das Heim neben dem Ertrag der Landwirtschaft früher jahrelang auf Liebesgaben angewiesen war, so hatte Paul selber auch ein gutes Herz und eine offene Hand überall dort, wo Not war. Im Militärdienst rückte er zum Quartiermeister auf; in Vechigen diente er als Kirchgemeinderat; aber sonst widmete er seine ganze Kraft seinem Heim und seinen Buben.

Bedrängt von der kommenden Autobahn musste das Erziehungsheim vor einigen Jahren verlegt werden und durfte auf dem Dentenberg nach modernen pädagogischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten neu erstehen; hier nun ist Paul Moser am 18. April plötzlich die Arbeit aus der Hand genommen worden. Mitten in unermüdlicher Pflichterfüllung, selber oft zu viel von sich selber fordernd, aber ein lebendiges Beispiel des Dienens am Nächsten, am Schwachen und Benachteiligten, getreu seinem biblischen Vorbilde Christus, so wurde er abgerufen, so wird er uns in lieber und dankbarer Erinnerung bleiben.

Paul Pulver

Inhalt – Sommaire

† Paul F. Moser 229
Kritisches zum bernischen Gesamtschulversuch 230
«Förteli» oder Konzeption? 231
Lehrerbesoldungen; Besitzstände 232
Kantonale Primarlehrer-Kommission 232
Wehret den Anfängen 233
Sektion Schwarzenburg: Mai-Synode 233
Italiener-Kinder in unseren Schulen 233
VBA – Vereinigung bernischer Angestelltenverbände 234
Schweizer Briefmarken im Zeichen der UPU 235
Kartographie 235
Commission nationale suisse pour l'Unesco 235
Bibliographie 235
Mitteilungen des Sekretariates 236
Communications du Secrétariat 236

Kritisches zum bernischen Gesamtschulversuch

Vor einem guten Jahrzehnt hiess das Schlagwort der bernischen Schulreformer «Einheitsmittelschule». Die E.M. wurde – durch Amputation des Progymnasiums – teilweise verwirklicht. Ohne Beanspruchung von zusätzlichen Steuergeldern.

Heute sehen Soziologen und Systemgläubige das Heil in der Gesamtschule, die mehr als nur eine neue Schulform, die ein Instrument des gesellschaftlichen Wandels ist. (Soziale Bildungspolitik mit der Heckenschere!)

Der Berner Stadtrat hat sich zur Planung eines Gesamtschulversuchs im Manuelschulhaus durchgerungen. An Entwürfen, Verhandlungen, Sitzungen und Spezialaufträgen fehlte es nicht. Der geplante Versuchstyp ist mit kostspieligen baulichen Veränderungen verbunden. Auf mehr als eine Million Franken soll der Versuch zu stehen kommen. «Additive Gesamtschule» heisst das Zauberwort.

Über den Zweck des Versuchs lesen wir im Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat (ein 24 Seiten umfassendes Dokument) den folgenden Satz. Der Leser wappne sich, um den «additiven Gesamtsatz» durchzustehen:

«Während in Schweden mit der – dort übrigens von allen politischen Parteien befürworteten – Einführung der Gesamtschulen (1962, nach zehnjähriger Vorbereitungsperiode) eine grundlegende Änderung der durch die Schulen zu erreichenden Ziele verbunden war – neben die Förderung von Wissen, Können und Charakterbildung des einzelnen Schülers trat als gleich-, ja übergeordneter Zweck der Schule die soziale Einordnung des Schülers, der Abbau von Klassengegensätzen und die Verwirklichung der Chancengleichheit – haben sich Gesamtschulversuche bei uns, insbesondere im Kanton Bern, mit bescheidenerer Zielsetzung zu begnügen; auch für sie gelten die Zweckartikel des Primarschulgesetzes von 1951 (Art. 1) und des Mittelschulgesetzes von 1957 (Art. 16 bezüglich der Sekundarschulen), wonach die Schule Charakter, Verstand und Gemüt der ihr anvertrauten Jugend bilden zu helfen, ihnen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln und ihre körperliche Entwicklung zu fördern hat.»

Immerhin: dieser Satz scheint der fraglichen Sache, für die er steht, nicht übel angemessen zu sein. Fragliche Sache? Sind unsere Schulen etwa vollkommen, genügen sie allen Ansprüchen, halten sie Schritt mit dem technischen Fortschritt? – Bestimmt haben sie, wie alle menschlichen Einrichtungen, ihre Fehler. Aufgrund von Erfahrung aber wage ich zu behaupten, dass ihre Mängel nicht eine Frage des Systems sind. Ein Schulsystem, das allen Anforderungen gerecht wird, alle Probleme glatt löst, wird es nie geben. Was uns weiterhilft, sind nicht strukturell-organisatorische und methodische Kniffe, sondern nur eine sorgfältige Reform von innen her. Schule ist – wie Demokratie – eine beschwerliche Praxis.

Die Zielvorstellungen der Gesamtschulen kommen in einer Reihe teils sich überschneidender Schlagworte zum Ausdruck:

Verwirklichung von Chancengleichheit

Priorität der Begabtenförderung, nicht der Selektionierung

Förderung nicht nur in traditionellen Schulfächern

Keine Überbetonung des Intellekts, dafür Ausbildung der menschlichen Kräfte

Soziale Einordnung, Abbau der Klassengegensätze

Freie Entfaltung, nicht Manipulation

Wie schön und gut das klingt, besonders in den Ohren all derer, die – bei ganz anders gerichteten Anlagen – eine «höhere Ausbildung», die Laufbahn eines Akademikers im Auge haben! Die wenigsten denken beim Wort «Chancengleichheit» an die Möglichkeit der Bewährung in einem manuellen Beruf.

«Unsere Gesellschaftsordnung ist schlecht, man wird manipuliert», klagte ein Wohlstands-Quartaner, der zu Hause und in der Schule mit Schwierigkeiten kämpfte. «Ja, schon mit der Geburt fängt es an, da wird man gleich gewickelt», gab ich ihm zu bedenken. «Damit aber mit der Zeit des Manipulieren auf ein Minimum beschränkt wird und wir möglichst unabhängige Menschen werden, müssen wir lernen, selbständig, klar und richtig zu denken. Dies aber ist nicht ohne Anstrengung, ohne ernsthafte Leistung möglich.»

Ein Lateinlehrer fuhr mit seiner Klasse zum Besuch einer Ausstellung nach Zürich. Unterwegs nahm ein junger Soldat im Wagen Platz. Einer der schwächsten Schüler setzte sich sogleich zu ihm: «Urlaub? Freust dich wohl! Und der Dienst? Leistest du ihn gern?» – «Wenn ich ehrlich sein will: nicht besonders», erwiderte der Urlauber etwas verlegen. – «Warum leistest du ihn denn? Noch nie etwas von Dienstverweigerern gehört? Von Flugblättern, Protestaktionen?» drang der Gymnasiast auf den Soldaten ein.

Jetzt schaltete sich der Lehrer ein. Er fragte den Schüler: «Haben Sie Freude am Unterricht? Kommen Sie gerne ins Latein?» – «Eigentlich nicht», lautete nach einigem Zögern die Antwort. «Warum denn besuchen Sie den Unterricht? Sie haben Ihre Schulpflicht ja erfüllt. Der Besuch des Gymnasiums ist freiwillig, oder nicht?»

Wenig taugt ein Studium unter äusserem Zwang oder aus Prestigegründen. Entscheidend ist die Frage, wie's mit dem freien Willen zur Leistung steht. Chancengleichheit ist die in allen Farben schillernde soziale Bildungsphrase unserer Zeit. Sie hat viel mit unserer Konsumgesellschaft zu tun, in der sich fast alle alles, auch «höhere Bildung» leisten zu müssen glauben. Gewiss wird niemand bestreiten, dass jeder junge Mensch das Recht und die Möglichkeit haben soll, sich gemäss seinen Anlagen und seinem Willen zu entfalten. Leider jedoch stellen sich allzu viele unter «Chancengleichheit» etwas anderes vor, nehmen falsches Mass und fordern ein System, das ihren Wunschvorstellungen, ihren Ambitionen gerecht wird. Gleichwertig, wenn auch scheinbar nicht gleich «privilegiert», sind die Chancen, ein tüchtiger Arbeiter, Bauer, Handwerker oder Arzt zu werden; die rein menschlichen Qualitäten sind keine Frage des sozialen Standes oder des Berufes.

Es gibt begabtere und weniger begabte Schüler. Eine ernsthafte Erziehung kommt nicht darum herum, im Rahmen des Möglichen vorerst die Art und den Grad der Begabung festzustellen. Darum kommt der Selektionierung und Differenzierung eine so wichtige Rolle zu; wohl können Standesunterschiede und ideologische Gesichtspunkte (kommunistische Staaten!) die Auslese beeinflussen, doch ist dies keine Frage des Schulsystems. Ein vernünftiger Lehrer (und vernünftig sollten alle sein) wird auch bei unserer vertikalen Aufgliederung der Schulen dafür sorgen, dass sogenannte Spätzünder einen

sich aufdrängenden Typenwechsel möglichst reibungslos vornehmen können. Der Durchlässigkeit von Schule zu Schule wurde in letzter Zeit grosse Aufmerksamkeit geschenkt; sie kann noch weiter gefördert werden. Hierbei kommt es vor allem auf den guten Willen der Beteiligten an. Zwar ist es wichtig, dass einem Schüler möglichst lange die Geborgenheit eines Klassenverbandes erhalten bleibt. Was wiegt das ständige Hin und Her (abgesehen von den organisatorischen Umtrieben) innerhalb einer Gesamtschule auf?

Die besten und die schwächsten Schüler statt in verschiedenen Schulen in der selben Klasse: die Chance unaufhörlicher Konfrontation von Begabten und Unbegabten! Wer glaubt, da hätten kein Bildungsdünkel, keine Überlegenheits- oder Minderwertigkeitsgefühle mehr Platz und die guten Schüler würden die Zugrösslein sein, hat vielleicht den Kopf voll Bücherweisheit, das wirkliche Leben aber kennt er nicht.

Schule aktuell! Schule ein Politikum! Im «Könizer», der sich als Diskussionsblatt ausgibt (2. Mai 1974), rührt der bernische Schulsekretär Urs Eberhard im Problembrei der Schuldiskussion Wahres und Unwahres durcheinander. Unter dem vielsagenden Titel «Seilziehen zwischen Leistungsprinzip und menschlicher Entfaltung» (als ob Leistung unmenschlich wäre) steht auch der Satz: «Hat es einen Sinn, wenn Schüler, die während zweier Jahre im audio-visuellen Französisch geschult worden sind, an einer ausgesprochenen Drill-Schule nach altbewährtem Prüfungsrezept getestet und alle als «total ungenügend» befunden werden?» Der Verfasser hätte die «ausgesprochene Drill-Schule» ruhig beim Namen nennen können: Untergymnasium Bern. Als Antwort auf die obige Frage sei hier nur eine Stelle aus dem Protokoll der Sitzung der Schulkommission des Untergymnasiums vom 23. Mai 1973 zitiert: «An der gestrigen Rektorenkonferenz nahmen auch die beiden Sekundarschulinspektoren teil. Herr Dr. Röthlisberger drückte bei dieser Gelegenheit seine Enttäuschung in bezug auf die Experimente mit dem audio-visuellen Unterricht aus. Er dankte dem U. G. für seine diesbezügliche flexible Haltung gegenüber schlecht vorbereiteten Schülern.»

Tatsache ist, dass die audio-visuell geschulten Schüler in der Aufnahmeprüfung ins U. G. fast durchwegs (auch mündlich!) versagten. Den Drill aber (unter Umständen kann er sinnvoll sein) sucht Herr Eberhard am falschen Ort: Das mechanische Lernen, das Sprechen nach vorausbestimmten Schablonen finden wir eindeutig auf der Seite des audio-visuellen Unterrichts. Die traditionellen Schulen haben, auch ohne kostspielige Apparaturen, alle Möglichkeiten zur Entfaltung der individuellen Kräfte und zur Förderung des freien, schöpferischen Lernens. Als sekundäres Hilfsmittel mag ein Sprachlabor seinen Wert haben; den grössten Nutzen freilich hat die Industrie.

«Manches ist noch zu erwarten», schreibt der bernische Schulsekretär im erwähnten Artikel, und damit hat er sicher recht: «der (geplante) Gesamtschulversuch in der Stadt Bern entlässt die Eltern scheinbar aus der Übertrittsprüfungsangst, wird aber während des Schuljahres dem Schüler laufend Tests, die zum Auf- oder Abstieg «berechtigten», zumuten.»

Ich glaube nicht, dass innerhalb des geplanten Schulmodells ein ruhiges, ungestörtes Arbeiten (was in unserer hektischen Zeit mehr denn je nottut) möglich ist. Der Vortrag des Gemeinderates lässt in dieser Beziehung wenig Gutes erwarten. «Die gleiche Schule ist grundsätzlich in drei Schultypen aufgeteilt, wobei jeder Schultypus verschiedene Klassen enthält, deren Bestand jedoch in einzelnen Fächern ändert.» (Seite 9) – Überforderungen oder Unterbeanspruchungen können dadurch vermieden werden, da der Schüler einzelne Fächer in einem anderen Schultypus besuchen kann.» (Seite 8) – «Im normalen Pflichtpensum der Lehrkräfte sind 3 Wochenstunden für Fach-, Stufen- und Gesamtkonferenzen inbegriffen.» (Seite 9)

Wieviel Umtriebe rein organisatorischer Art die vielfältigen pädagogischen Zielsetzungen zur Folge haben müssen! Soll die Schule zur Überschule, der Lehrer zum Funktionär werden? Unbestritten ist, dass die Gesamtschule einen Mehraufwand an Lehrern und an finanziellen Mitteln erfordert (in Schweden auf wenigstens 30% veranschlagt). Es handle sich bloss um einen Versuch, wird den Skeptikern entgegengehalten. Um zu gegebener Zeit schlüssige Vergleiche anstellen zu können, müsste man aber auch eine herkömmliche Schule mit den entsprechenden Mitteln ausstatten.

Wir brauchen kein neues Schulsystem. Statt dessen: Verfeinerung des bestehenden, organisch gewachsenen. Was manche Erziehungsprobleme besser lösen würde: gründlichere, zeitgemässe Ausbildung der Lehrer, kleinere Klassen und attraktivere Lehrmittel. System*erfüllung*, nicht -wechsel. *H. Rychener*

«Förteli» oder Konzeption?

Wenn ich als einfaches BLV-Mitglied die Auseinandersetzungen der organisierten Lehrerschaft mit der kantonalbernischen Verwaltung verfolge, von den Tiefschlägen lese, die da bei Besitzstandsfragen, bei den selbstverständlichsten (vgl. Berner Schulblatt 1. 2. 74 S. 36) Verzugszinsforderungen usw. eingesteckt werden müssen, gewinne ich den Eindruck, dass die Beteiligten, vom Zentralsekretariat BLV über Unter- und Nebensektionen bis zu den Schulleitern aller Stufen vor einem Novum stehen: vor einem fremdartig-technisch-widerwilligen Verwaltungsapparat, den wir 1973 zusammen mit der grosszügigen Neuordnung des Besoldungswesens als Klumpfuss miterhalten haben. Das kalte Monstrum ersetzt die vertrauten und allgemein gut funktionierenden Gemeindeverwaltungen. Noch bleibt zu hoffen, dass es sich bei den ausgebrochenen Schwierigkeiten um Anfangs- und Übergangserschwernisse handelt, doch dürfte jetzt schon feststehen: Die Organisationen der bernischen Lehrerschaft werden vermehrt eine Art gewerkschaftlichen Schutz ihrer Mitglieder wahrnehmen müssen. Und dazu braucht es für die in diesen Sparten bisher durch die meist soliden und überschaubaren Gemeindeverwaltungen verwöhnten Organisationen Anregungen und Antriebskraft. In diesem Sinne möchte ich hier ein Thema, das mich persönlich berührt, zur Diskussion stellen. Und ich denke, *es sollten sich – hier oder anderswo – vermehrt Kollegen aller Stufen zu Wort melden, wenn sie durch schlecht überdachte Dekrete und Massnahmen der Verwaltung betroffen werden. Unsere Organisationen müssen wissen, wie einfache Mitglieder die Dinge sehen, und sie sollen gestärkt werden durch unsere Mitsprache, damit sie in den Verhandlungen mit der ED usw. als Vertreter einer aktiven Mitgliederschaft auftreten können – und sich auch dazu gedrängt und verpflichtet sehen.*

Die *Gymnasiallehrerbesoldung* ist mit der neuen Ordnung grosszügig geregelt worden, gewiss, aber nun kommt sie den Staat eben teuer zu stehen, und schnell muss die Verwaltung – ohne ausreichende Vernehmlassung – sparen wo sie kann: Die Gymnasiallehrer sollen ihre volle Besoldung nur erhalten, wenn es ihren vorgesetzten Rektoren und Seminardirektoren gelingt, ihnen unter Missachtung pädagogischer und stundenplanerischer Kriterien nicht mehr als acht Wochenstunden in Quarten, Diplom-, Kindergärtnerinnen- oder anderen nicht ganz gymnasialen Klassen zuzuteilen. Der volle Gymnasiallehrerlohn kann zwar durch Zusatzstunden wieder wettgemacht werden. Es lebe die Schulreform! – Wenn hinter dieser Regelung eine Konzeption steckt, die dahin geht, dass man die Stundenbelastung der Gymnasiallehrer differenziert: je mehr Unterricht in höheren Klassen desto kleiner die Stundenverpflichtung und umgekehrt, dann ist gegen eine solche, objektiv btrachtet, nichts einzuwenden. Bisher haben die Schulleiter automatisch in diesem Sinne gewirkt, wenn sie den einzelnen Lehrern Klassen verschiedener Stufen möglichst ausgewogen zuteilten, ja es ergab sich eine Art Gleichgewicht eigentlich von selbst, übernahm doch ein Lehrer bisher eine Klasse in der Regel, wenn sie unten einstieg, dann führte er sie Stufe um Stufe bis zum Abschluss.

Nun werden wegen der absurden Acht-Stunden-Klausel zu Lasten der Schüler und Lehrer Schiebungen nötig. Und Lehrer mit stark reduzierten Pensen, weil sie zum Beispiel im Nebenamt einer kulturellen Vereinigung dienen oder, was bei jüngeren sehr häufig vorkommt, noch in der Forschung tätig sind? Sie sind einer Willkür ausgesetzt, die auch der verständigste und organisationsgewandteste Schulleiter nicht überbrücken kann. Praktisch sieht das so aus: Wer sich nach erfolgreichem Staatsexamen noch der Forschung und Weiterbildung widmet und eine Dissertation schreibt, der wird bestraft, wenn er gleichzeitig ein reduziertes Unterrichtspensum auf sich nimmt, statt dem Staat mit Darlehen und Stipendien zur Last zu fallen; denn jede Stunde, die er allenfalls in einer Quarta, Diplom- oder Kindergärtnerinnen-Klasse zugeteilt erhält, wird auf der Basis einer grösseren Stundenverpflichtung berechnet. Sein gleichaltriger Kollege dagegen, der aus verschiedensten Gründen auf eine Dissertation verzichtet, ist in der Lage, ein volles Pensum anzunehmen. Er wird damit in der Regel besser berücksichtigt werden können bei der Stundenzuteilung, so dass ihm nicht mehr als acht Wochenstunden auf unteren Stufen zufallen und damit die volle Gymnasiallehrerbesoldung.

Ich bezweifle die moralische sowohl als auch die rechtliche Haltbarkeit eines Dekretes, das derartige Ungleichheiten schafft. Wenn schon Differenzierung, dann sollten alle gleich erfasst werden. – Computergerechtigkeit statt Computerwillkür! Es wäre dann aber gleichzeitig zu bedenken, ob nicht für die obersten Stufen, insbesondere für Prima und Oberprima an Gymnasien, auf der Basis einer viel geringeren Stundenverpflichtung als bisher gerechnet werden müsste, denn Abschlussklassen geben einem neuzeitlich eingestellten Lehrer, der Schulreformen in Taten umsetzt, viel mehr Arbeit als untere Klassen. Ich weiss von zahlreichen Kollegen, dass sie die sogenannten Sommerferien zur Begutachtung umfangreicher Abschlussarbeiten und zur Prüfungsvorbereitung voll und ganz den Abschlussklassen opfern. *Kurz; wenn schon Differenzierung, dann gerecht und nach überlegter Konzeption, ohne willkürliche «Förteli» zwecks Korrektur der staatlichen Voranschläge!*

Arthur Reber

Lehrerbesoldungen; Besitzstände

An die Lehrerschaft in den Gemeinden mit nicht eigener Besoldungsordnung vor dem 1. April 1973

Wir teilen Ihnen mit, dass der Regierungsrat des Kantons Bern zur Abklärung von allfälligen Besitzstandsfällen (die Rechtsgrundlage hiefür liegt in Art. 21 des Dekretes vom 15. November 1972 über die Lehrerbesoldungen) mit Beschluss Nr. 1864 vom 1. Mai 1974 eine paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe eingesetzt hat, in der zwei Vertreter der Verwaltung (je ein Beamter der Erziehungsdirektion und des kantonalen Personalamtes) und zwei Vertreter des Bernischen Lehrervereins mitarbeiten.

Diese Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit am 22. Mai 1974 aufgenommen.

Wir bitten die Lehrerinnen und Lehrer in Gemeinden, die vor dem 1. April 1973 keine eigene, für die Lehrerschaft gültige Besoldungsordnung hatten, dem kantonalen Personalamt zuhanden dieser Arbeitsgruppe ab sofort laufend, spätestens jedoch bis Ende Juli 1974 zu melden, wenn die Gewährung des Besoldungsbesitzstandes geltend gemacht wird. Diesem Gesuch ist eine vom Gemeindekassier visierte Besoldungsaufstellung pro März 1973 beizulegen.

Die Behörden von Gemeinden mit früher eigener Besoldungsordnung wurden direkt aufgefordert, allfällige Besitzstände ihrer Lehrerschaft gesamthaft *bis Ende Juli* dem Personalamt zu melden.

Adresse: Personalamt des Kantons Bern,
Münstergasse 45, 3011 Bern

Personalamt des Kantons Bern

Kantonale Primarlehrer-Kommission

Sitzung vom 29. Mai 1974

Wir haben eine Reihe von Beschlüssen des Leitenden Ausschusses und des Kantonalvorstandes zur Kenntnis genommen und uns über den Stand in einigen hängigen Fragen orientieren lassen. Eingehend unterhielten wir uns über die unterschiedliche Handhabung der Vorschriften in Bezug auf die Nachholpflicht bei Schulausfällen in den verschiedenen Inspektoratskreisen. Wir befürworten eine angeglichene Praxis für den ganzen Kanton und für alle Schulstufen. Es scheint uns sinnvoll zu sein, den ganzen Problemkreis zwischen BLV, ED und Inspektorenkonferenz zu klären. Einerseits reicht unsere Amtsverpflichtung weit über die Unterrichtszeit hinaus, so dass auch «schulverbundene» Anlässe wie Lehrerversammlungen in die sogenannte «Freizeit» des Lehrers verlegt werden können. Andererseits müsste aber die Tatsache, dass der Grossteil der Lehrer über das allgemein zumutbare Mass hinaus diese Zeit direkt oder indirekt in den Dienst der Schule stellt, die zuständigen Behörden zu einer verständnisvollen und weitherzigen Anwendung der Vorschriften veranlassen.

52 ehemalige Primarlehrerinnen, die jetzt einzelne Handarbeitsklassen führen, haben im April keinen Lohn erhalten. Zuerst begründete das Personalamt dies mit dem Einwand, diese Lehrerinnen seien zu Unrecht definitiv gewählt worden. Als sich das als unhaltbar erwies, wurde als Grund angegeben, es sei nicht klar, ob der Arbeitslehrerinnen- oder der Primarlehrerlohn auszuzahlen sei.

Das ist tatsächlich eine interessante Frage, die ein weiteres Schlaglicht auf die Problematik unserer Besoldungsstruktur wirft. Wie ist nun da Leistung und Ausbildung zu bewerten? Wenigstens wurde Ende Mai der nichtbezahlte Lohn nachbezahlt.

Im Hinblick auf die Revision der Lehrerausbildung besprachen wir auch den Vorschlag, anstatt das freiwillige fünfte Ausbildungsjahr lohnwirksam werden zu lassen, im Rahmen der Fortbildung den amtierenden Lehrern die Möglichkeit zu geben, während eines halben oder ganzen Jahres die ungenügende Grundausbildung bei voller Entlöhnung zu ergänzen. Das Einführen eines solchen Urlaubes und die Organisation dieser Fortbildung durch den Staat dürften aber die rasche und umfassende Reform der Grundausbildung nicht verzögern.

Längere Zeit besprachen wir den im Berner Schulblatt veröffentlichten Vorschlag des Zentralsekretärs zu einer Umwandlung der «Stellvertretungskasse» der Primarlehrer in eine den neuen kantonalen Vorschriften angepasste «Lohnersatzkasse». Die Primarlehrer-Präsidentenkonferenz wird am 12. Juni dazu Stellung nehmen. Es scheint uns aber nicht möglich, Beschlüsse über den Vorschlag zu fassen, bevor die Primarlehrerkonferenzen das für unsere finanzielle Sicherheit wichtige Problem gründlich besprochen haben. Im Rahmen der Strukturreform des Lehrervereins stellt sich auch die Frage, ob der Gesamtverein über die Kasse der Primarlehrer verfügen soll, während die entsprechenden Kassen der anderen Lehrerkategorien von diesen selber verwaltet werden.

Von der Arbeitsgemeinschaft für die Koordination der kantonalen Schulsysteme der deutschsprachigen Schweiz sind neue Impulse für eine schulpolitische Entwicklung gegeben worden. An einer Arbeitstagung in Rüschlikon wurde das Projekt vorgestellt, die Schüler der 7. bis 9. Klasse aller Begabungsstufen in einer nach den örtlichen Umständen verschieden strukturierten, aber gemeinsamen Orientierungsstufe zusammenzufassen. In der Innerschweiz ist die Verwirklichung dieser Idee schon weit fortgeschritten, im Kanton Zürich steht sie vor der parlamentarischen Beratung. Es ist interessant, dass in diesen Kantonen die Fronten der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Lehrerkategorien anders verlaufen als bei uns.

Der Präsident: *Moritz Baumberger*

Wehret den Anfängen

Antwort an Herrn Max Gygax

Sehr geehrter Herr Gygax,

Ihr offener Brief an einen Schulinspektor im Berner Schulblatt Nr. 23 hat mich sehr gefreut.

Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen meine Hochachtung ausdrücke und meinen herzlichen Dank – meine Hochachtung für den Mut, gewisse in den letzten Jahren spürbar gewordene Tendenzen der offiziellen bernischen Schulpolitik deutlich beim Namen zu nennen und dem undemokratischen Schuldirigismus offen den Kampf anzusagen; meinen Dank, dass Sie weder Zeit noch Mühe gescheut haben, an einer scheinbaren Bagatelle zu zeigen, wie mit der Lehrfreiheit die Freude an der Verantwortung gedämpft oder gar zerstört zu werden droht. Die Folge solchen erziehungs- und bildungsfeindlichen Verhaltens aber hätte unsere Jugend zu tragen. Der Verwaltungsdirigismus ist eine undemokratische, freiheitsfeindliche Macht. Die Gefahr, dass die Lehrfreiheit von bequemen Lehrern missbraucht werden kann, ist bei weitem kleiner als das Risiko, dass sich kraftvolle und verantwortungsbewusste Persönlichkeiten nicht mehr für den abgewerteten Lehrberuf zur Verfügung stellen mögen. Daher: Wehret den Anfängen!

Mit freundlichem Gruss: *Hans Gerber*

Sektion Schwarzenburg: Mai-Synode

Die geschäftlichen Traktanden der erfreulich gut besuchten Mai-Synode im neuen Restaurant Eywald, Rüschegg, waren unter dem Vorsitz von Sektionspräsident Hans Flach, Steinenbrünnen, rasch erledigt: Protokoll, Jahresrechnung und Jahresbericht des Präsidenten wurden einhellig genehmigt. Neben den zur Zeit noch laufenden Kursen (Musik / Geographie) werden ein Papierbatik- und ein Sprachkurs vorbereitet. Als echte – freudige – Überraschung nahmen alle Anwesenden die Ankündigung entgegen, dass im Rahmen eines Kurses der Volkshochschule Schwarzenburg Prof. Dr. Jeanne Hersch nach Schwarzenburg (!) kommen wird. Im weitern wurde die Anregung gutgeheissen, die Sektionsversammlungen (aus Rücksicht auf die so wichtigen Stundenpläne) in Zukunft auf den Mittwochnachmittag zu verlegen.

Im zweiten Teil der Sektionsversammlung schilderte *Dr. R. Lüthi, Bern*, anschaulich *Entstehung und Wachstum des Ferien- und Sportzentrums Eywald.* Was vor fast zwanzig Jahren mit dem Bau des Skiliftes Selital bescheiden begonnen hatte, das nahm nun in den letzten sechs Jahren wesentlich grössere Formen an: Am Nordhang der Schüpfenfluh entstanden nicht nur mehrere Skilifte, sondern auch ein Dorf mit einem Kongresszentrum, samt der erforderlichen Infrastruktur. Neben dem bereits bestehenden ersten Dorfteil «Hasleren» werden im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte in organischem Wachstum drei weitere in sich geschlossene Dorfteile entstehen. Dem Ausbau des Dorfzentrums wird in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Neben dem neu eröffneten Kongresszentrum wird die Ladenstrasse erstellt werden, und das neue Schwimmbad wird voraussichtlich Mitte Juli 1974 eröffnet werden können.

Vom gegenwärtigen Stand der Arbeiten an diesem neuen Ferien- und Erholungszentrum konnten sich die Teilnehmer in der anschliessenden *Besichtigung* selbst überzeugen. Was hier im Laufe der letzten Jahre entstanden ist, das ist ein Stück Entwicklungsarbeit in einem Gebiet, das diese gezielte Hilfe zur Einführung des Tourismus als neuen Erwerbszweig der einheimischen Bevölkerung entscheidend nötig hat. *jo*

Italiener Kinder in unsern Schulen

Im Kanton Bern besuchen gegenwärtig 7700 Schüler italienisch sprechender Eltern die öffentlichen Schulen. Ein grosser Teil dieser Kinder ist nur vorübergehend in der Schweiz. Ihre Eltern rechnen mit einer Rückkehr in die alte Heimat. Damit die Schulung in Italien fortgesetzt werden kann, schreibt der Staat Italien vor, dass in

der Schweiz und auch im übrigen Ausland Muttersprach- und Kulturunterricht während vier Stunden pro Woche besucht werden muss. Ohne das Testat verliert der zurückkehrende Schüler das Recht, in der Heimat weiter zur Schule gehen zu können. Die Kurse sind somit obligatorisch. Gemäss einem Abkommen mit der Berner Regierung hat dieser Unterricht während der Schulzeit stattzufinden. Das Konsulat Italiens organisiert sie, stellt die Lehrkräfte und übernimmt die Kosten. Die Gemeinden müssen die notwendigen Schulräume zur Verfügung stellen.

Ziel der Kurse ist:

Schulung der italienischen Sprache und Vermittlung eines sogenannt kulturellen Stoffes, damit das Kind Italiener bleibe, den Kontakt zu den Eltern nicht verliere und die Eltern in ihrer Erzieherarbeit Erleichterung und Unterstützung erfahren. Nicht zuletzt soll ihnen der Entschluss zur Rückkehr in die Heimat nicht wegen der Kinder erschwert werden. Man strebt auch an, den Kindern bei einer allfälligen Rückkehr ein zweites Emigrantendasein in Italien zu ersparen.

Die Mittel und Wege, die diesem Unterricht dienen, wurden anlässlich einer Pressekonferenz der *Kontaktstelle für Ausländer und Schweizer* sehr kritisch unter die Lupe genommen.

Einmal haben die Lehrkräfte durch ihren kürzlich durchgeführten Streik die Öffentlichkeit alarmiert. Ihr Status ist völlig unbefriedigend. Ausbildung, Entlöhnung und Ausrüstung für ihre Arbeit stehen weit unter den Verhältnissen ihrer Schweizerkollegen. Sie sind nirgends recht aufgenommen, Kontakte zur bernischen Lehrerschaft bestehen keine, (Sprachschwierigkeiten). Weil Eltern, Lehrer und Kinder in diesen getroffenen Lösungen nicht wohl sind, sucht man allgemein nach besseren. Vorerst hat nun die italienische Regierung die Saläre und Kredite erhöht, der Streik wurde beendet. Aber die grossen Probleme harren einer besseren Lösung!

Folgende Vorschläge wurden gemacht:

- Die Kinder italienischer Eltern sollten vom Französisch dispensiert und dafür Italienisch unterrichtet werden.
- Der Italienischunterricht muss in die Schulstundenpläne voll integriert werden.
- Der Staat Bern soll, wie die Bundesrepublik, die Schulkosten übernehmen.
- An Stelle der Zurückhaltung der Berner Lehrer muss eine intensive Zusammenarbeit treten.
- Die Zusammenarbeit Eltern–Schule muss verbessert werden. Dazu ständen die Mittel der Kontaktstelle zur Verfügung (z. B. Dolmetscher).
- Die Elternschulung sollte von Seite des italienischen Konsulates intensiv an die Hand genommen werden.
- Die Ausbildung der italienischen Lehrer, welche den Kultur- und Sprachunterricht erteilen, muss dem Status der Berner Lehrer angeglichen werden.

Ob sich diese Forderungen verwirklichen lassen, hängt von vielen Amtsstellen ab. Für die bernische Lehrerschaft geben sich daraus vielleicht folgende Folgerungen:

1. Offenes Ohr für die Schwierigkeiten unserer Mitmenschen und ihrer Kinder aus Italien haben.
2. Versuch, die Kontakte mit den italienischen Kollegen aufzunehmen, das Gespräch anfangen.
3. Ausschöpfung der Möglichkeiten der Kontaktstelle.
4. Der BLV sollte prüfen, wieweit die italienischen Kollegen Interesse am Verein hätten. Wir sind ihnen sicher als Kollegen gewerkschaftliche Unterstützung schuldig.

Siegfried Merz

VBA – Vereinigung bernischer Angestelltenverbände

An der Delegiertenversammlung der Vereinigung Bernischer Angestelltenverbände, die in Langenthal stattfand und welcher rund 31 000 Mitglieder angehören, gab der Präsident, Nationalrat *Emil Schaffer*, Langenthal, einen Überblick über die vielen Aufgaben, mit denen sich das eidgenössische und das kantonale Parlament momentan zu befassen haben. Es sei absurd, zu behaupten, Parteien und Parlamentarier entfalteten eine ungenügende politische Tätigkeit. Selbstbeschränkung verlangte Präsident Schaffer bei Personen, deren Konjunktureinkommen durch Arbeit und Verantwortung nicht in gerechter Weise verdient werde. Beim Inflationsproblem müsse die kollektive Vernunft gefördert werden. Verhandlungen der Sozialpartner über ein gerechtes Stillhalteabkommen, unter Berücksichtigung der importierten Teuerung und der Produktivitätszunahme, seien notwendig geworden. Die Interessenwahrung der Schicht der Angestellten und Beamten erfolge durch die VBA in einem vernünftigen und nicht in einem egoistischen Rahmen.

Grossrat *Bruno Hächler* aus Bern gab einen Überblick über die Revision des kantonalen Steuergesetzes. Dabei legte er dar, dass wohl die Sozialabzüge eine Erhöhung erfahren haben, aber nicht so ausgedehnt werden konnten, wie es wünschbar gewesen wäre, weil sonst die Staats- und Gemeindefinanzen zu stark strapaziert würden.

Das Hauptreferat hielt Nationalrat *Leo Schürmann* aus Olten. Er gab einen Überblick über die Ursachen der Teuerung und bezeichnete die Inflation als Kampf um das Sozialprodukt. Bei einem freien Wettbewerb, der durch das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage behindert werde, könnte die Teuerung wesentlich eingeschränkt werden. In letzter Zeit sei eine nachlassende Zunahme der Kauflust festzustellen, wogegen der Export dank guter Qualität unserer Produkte noch keine Einbusse erlitten habe.

Nationalrat Schürmann betrachtet eine leichte Steigerung des Hypothekarzinsfusses als angebracht, nachdem das Sparkapital andauernd im Übermass entwertet werde. Amortisationen sollten auch auf den 1. Hypotheken erfolgen. Entgegen anderslautenden Behauptungen könne aber nicht eine Politik zu hoher Zinssätze zur Inflationsbekämpfung betrieben werden, wenn man die nachteiligen Auswirkungen in Betracht ziehe.

Der Referent wehrte sich dagegen, dass die Preisüberwachung belächelt wird. Neben ihrer prophylaktischen Wirkung hätten unter teilweiser Würdigung der etwa 15 000 Zuschriften zahlreiche Preiserhöhungen verhindert werden können. So sei auch der Oel- und Benzinpreis in der Schweiz dank der Preisüberwachung der tiefste in Europa. Es sei zu bedauern, dass die Richtlinien über die Lohnüberwachung kein besseres Echo gefunden haben. Es wäre möglich geworden, unter Einbezug

von Treuhandgesellschaften auch die Gewinnüberwachung zu verschärfen. Die nach genauer Prüfung bewilligten gestaffelten Preiserhöhungen seien fundiert gewesen. Da sich die Teuerung auf die einzelnen Volksschichten ungleich auswirke, sollten prozentual ungleich hohe Teuerungszulagen geprüft werden. Die Gespräche unter den Sozialpartnern müssten weitergeführt werden. In einzelnen Gewerben sei auch in nächster Zeit eine Gesundschrumpfung zu erwarten. *P. C.*

Schweizer Briefmarken im Zeichen der UPU

Bis 1. September 1974 zeigen die PTT-Betriebe unter dem Titel «Schweizer Briefmarken im Zeichen der UPU» eine weitere Sonderschau zum Weltpostvereinsjubiläum im Briefmarkenkabinett des PTT-Museums. Die ganze Ausstellung vermittelt ein eindrückliches Bild der Entwicklung des Markenschaffens, der Bildgestaltung und der verschiedenen Druckverfahren in den vergangenen 75 Jahren, wobei vor allem die Fortschritte der modernen Mehrfarbendrucktechnik augenfällig sind. Die Ausstellung wird bis zum 21. Juli 1974 unterbrochen durch die Präsentation einer Forschungssammlung über die Ausgabe der Sondermarken zum Jubiläum 25 Jahre UPU von 1900. *Gn*

Kartographie

Freizeitland Schweiz 1 : 300 000 / La Suisse - pays des loisirs

Zu den 68 Wanderbüchern und den 53 Karten der regionalen Wandergebiete der Schweiz bringt Kümmerly & Frey eine übersichtliche Zusammenfassung des ganzen Landes in einem Blatt heraus.

Über die Angaben einer gewöhnlichen Strassenkarte hinaus bietet dieses «Nachschlagewerk» reichhaltige Anregung. Ob man in den freien Stunden im grünen Wald auf Wanderwegen lustwandeln möchte, ob man einen Fitness-Parcours sucht, auf einer Langlauf-Loipe sich Bewegung verschaffen möchte, ob man einen Sommerferienort, einen Zeltplatz, Skihütten, Grotten, Kathedralen, Schiffslinien, Autoverladestellen, Schlachtfelder, Flugplätze usw. sucht: Auf der Freizeitland Schweiz-Karte kann man finden, was man sucht.

Preis Fr. 8.80 / Verlag Kümmerly & Frey, Bern

L'Ecole bernoise

Commission nationale suisse pour l'UNESCO

Exposition de dessins d'enfants

Du 8 octobre 1974 au 20 juin 1975 aura lieu, en Corée, une exposition de dessins d'enfants de tous les pays du monde (17th World School Children's Art Exhibition). Le but de cette exposition est de promouvoir la compréhension entre les peuples. Les meilleurs travaux recevront un prix.

Conditions de participation:

1. Elèves de *6 à 12 ans*.
2. *Sujet:* libre.
3. *Exécution:* crayon, peinture à l'huile, peinture à l'eau, collage, gravure.
4. *Format:* maximum 55 × 40 cm.
5. Les *indications* suivantes doivent figurer au verso du dessin, en langue anglaise et en lettres capitales:
   a) nom et prénom (name and christian name);
   b) âge et sexe (age and sex);
   c) adresse de l'école (address of school);
   d) titre du dessin (title of work).
6. Les dessins ne pourront pas être restitués après l'exposition.

Les travaux sont à envoyer, *jusqu'au 1er août 1974*, à l'adresse suivante:

Commission nationale suisse pour l'UNESCO
Département politique fédéral
3003 Berne

Bibliographie

Pour la documentation de classe

Aquarium

Après *Terrarium*, *Astronomie*, *Astronautique*, *Criminalistique* et *Rubans magnétiques + disques*, les Editions Delachaux & Niestlé viennent de sortir un nouvel album de la série «Science – Jeunesse»: *Aquarium*. Ecrit par Waltraud Weiss et traduit de l'allemand par Jacques Arnoult, de l'Institut océanographique de Monaco, cet ouvrage se propose de guider les amis de la nature dans la réalisation d'un aquarium.

Convenablement installé, l'aquarium représente sans aucun doute le milieu naturel le plus parfait que l'homme puisse recréer. Il n'est dès lors pas étonnant que de grands naturalistes comme Konrad Lorenz s'en servent pour étudier le comportement des animaux dans leur milieu naturel.

Outre certains aspects, facilement observables, du comportement des poissons, l'ouvrage traite de problèmes écologiques (nature de l'eau, équilibre biologique entre les plantes et les poissons), physiologiques (respiration et nage, maladies), ainsi que techniques (montage de l'aquarium). De plus, un certain nombre d'espèces ou de familles de poissons sont décrites avec leur provenance, leur alimentation et leurs besoins vitaux en aquarium.

Le texte, clair et précis, est accompagné de nombreuses photos en couleurs et en noir/blanc qui facilitent la détermination des espèces. Mais le mérite de cet ouvrage réside dans le fait que, malgré ses dimensions modestes (43 pages), aucun des détails importants, si nécessaires au bon entretien des poissons, n'est omis, – ce qui, malheureusement, est souvent le cas dans des publications dites «vulgarisatrices».

Jean-Denis Bourquin, Bienne

Mitteilungen des Sekretariates

Communications du Secrétariat

Arbeitsschulklassen Wankdorf (Bern)

An der Sekundarschule Bern-Wankdorf sind 7 Klassen Mädchenhandarbeit ausgeschrieben. Wir erinnern daran, dass diese Stelle vom Lehrerverein und den Verbänden der Arbeits- und Haushaltungslehrerinnen

gesperrt

worden ist.

Die Schulkommission hatte, wie früher mitgeteilt, eine fachlich sehr tüchtige Arbeitslehrerin nicht wiedergewählt und bald die in Aussicht gestellte provisorische Wiederwahl, auch nur an einen Teil der Stelle, hartnäckig verweigert, als der Lehrerverein eine nähere Abklärung wichtiger, von der betroffenen Lehrerin bestrittener Anklagepunkte wünschte. In der Folge haben sich leider vier Lehrerinnen dazu hergegeben, die Sperre der Lehrerverbände zu brechen, weshalb sie (und ein Kollege, wegen Mithilfe) von der Abgeordnetenversammlung des BLV vom 24. April 1974 als nie in den BLV aufnehmbar erklärt bzw. aus dem Verein ausgeschlossen wurden. (Art. 12 der Statuten schreibt dies zwingend vor.)

Nun soll offenbar die provisorisch aufgeteilte Stelle wieder definitiv besetzt und unsere Kollegin endgültig ausgeschaltet werden. *Falls eine Schulkommission nicht bereit ist, ihre Aussagen, soweit bestritten, näher zu belegen, ist eine Nichtwiederwahl für die Standesorganisationen von vornherein völlig unannehmbar.* Dem BLV ist es in jahrzehntelangem, zähem Ringen gelungen, die früher zahlreichen, oft willkürlichen Nichtwiederwahlen stark einzuschränken; immerhin waren es 1967/68 noch 30, 1973/74 über ein Dutzend Kolleginnen und Kollegen, die die Hilfe des BLV beanspruchen mussten. Nur bewusste Solidarität kann der Lehrerschaft den Wirkungskreis sichern und sie vor Druckversuchen aller Art schützen. **Wir fordern deshalb Kolleginnen, die sich für die Stelle interessiert haben sollten, auf, ihre Bewerbung zurückzuziehen oder die Wahl nicht anzunehmen.** Unsere Leser mögen diese Warnung gegebenenfalls weitergeben.

Der Leitende Ausschuss BLV

Zur Entlastung des Sekretariats wurden zwei Telefonstunden im Tag festgelegt (11–12 und 16–17 Uhr). Noch besser wäre es, die Fragen (knapp, präzis) schriftlich einzureichen. Rasche Antwort zugesichert.

Leitender Ausschuss BLV

Pour décharger le Secrétariat, nous nous voyons dans l'obligation de demander à nos sociétaires de concentrer leurs appels sur une heure le matin (11–12 heures et l'après-midi (16–17 heures). Mieux vaudrait-il adresser des demandes écrites, concises et précises au Secrétariat qui répondra, si possible, par retour du courrier.

Le Comité directeur SEB

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in der Nr. 27/28 müssen spätestens bis *Freitag, 28. Juni, 07.00 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Nichtoffizieller Teil – Partie non officielle

Berner Schulwarte. Ausleihe und Lesesaal bleiben während den Sommerferien am *Samstag den ganzen Tag geschlossen.* Es betrifft folgende Samstage: *6., 13., 20., 27. Juli, 3., 10. und 17. August 1974.*

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Bienne, tél. 032 25 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co 1342 - 3001 Bern